

V. Die „Reichswesthilfe“ in der Ära Brüning

1. Wirtschaftliche Folgen der Rheinlandräumung

Am 30. März 1930 trat der Finanzexperte der Zentrumsfraktion, Heinrich Brüning, Müllers Nachfolge als Reichskanzler an. Nach den Weisungen des Reichspräsidenten hatte er ein Kabinett gebildet, das sich auf die Rechtsparteien stützte und die Sozialdemokraten ausschloß. Das Amt des Innenministers bekleidete nun Wirth, der das Ministerium für die besetzten Gebiete an den „gemäßigten“ Deutschnationalen Treviranus abgetreten hatte. Moldenhauer behielt zunächst das Finanzministerium. Bereits am 20. 6. wurde er jedoch von seiner Partei, der DVP, die auf einer Streichung der Staatsausgaben bestand und seine Politik der Steuererhöhung nicht bewilligte, zum Rücktritt gezwungen.¹ Das Finanzressort übernahm nun der ehemalige Ernährungsminister Müllers, der Demokrat Hermann Dietrich, der bisher das Reichswirtschaftsministerium geleitet hatte.

Obwohl das Kabinett Brüning seiner Finanzpolitik das Deckungsprogramm für den Reichshaushalt 1930 zugrundelegte, das Moldenhauer und sein Staatssekretär Hans Schäffer noch für die große Koalition Hermann Müllers ausgearbeitet hatten,² ließ sich eine Machtprobe zwischen dem im Amt verbliebenen Finanzminister und dem neu ernannten Rheinminister über die Höhe und den Umfang der Westhilfe nicht vermeiden. Unterstützt von seinem Amtsvorgänger Wirth versuchte Treviranus, das Reichskabinett erneut auf ein „langfristiges“ Westprogramm festzulegen, nicht zuletzt deshalb, weil seinem Ministerium nach dem bald zu erwartenden Abzug der Franzosen die Auflösung drohte, die vor allem von Preußen und der SPD wegen dessen umstrittener Sachkompetenz gefordert wurde.³ Moldenhauer hingegen verwies auf die ablehnende Haltung der vorhergehenden Reichsregierung und bat, mit Rücksicht auf die Lage der Reichsfinanzen von der Aufstellung einer langfristigen Westhilfe abzusehen.⁴ Überdies begann der Rheinminister, die Vorlage des Finanzministers über die Verwendung des Westfonds völlig umzustülpen. Zunächst verlangte er die Fortgewährung der Unterstützung für die Saargänger, gegen die Moldenhauer keine überzeugenden Einwände vor-

¹ Diese Politik ging zum größten Teil auf Vorschläge Schäffers zurück, die den Wünschen der Sozialdemokraten nach Erhaltung der sozialen Leistungen Rechnung trugen. Wandel, S. 181.

² Ebd.

³ Vgl. RT 427, S. 5033; RT 428, S. 5629, 5637.

⁴ BA R 43 I/1801, Bl. 145f., GStA Rep. 90, Nr. 1127, 10. 4. 30.

bringen konnte.⁵ Am 21. März hatte nämlich die Regierungskommission des Saargebietes sämtlichen Arbeitgebern Richtlinien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zugestellt, in denen sie aufgefordert wurden, Saargänger zu entlassen und auf deren Arbeitsplätze bisher erwerbslose Saarländer zu setzen.⁶ Dieser Weg der Bewältigung der Arbeitslosigkeit im Saargebiet führte natürlich in den angrenzenden deutschen Bezirken zu einem sozialen Notstand,⁷ dem sich die Reichsregierung nicht verschließen konnte. Daher setzte sie in den Etat 1930 wiederum 7,5 Millionen RM zur „laufenden“ Unterstützung der „Empfänger von Frankenlöhnen“ an der Saargrenze ein.⁸ Sodann verlangte Treviranus die Ausschüttung von 1,25 Millionen RM aus dem Westfonds zur Stützung der notleidenden gewerblichen Genossenschaften im Grenzgürtel und die Ausgliederung der Baukosten in Höhe von 2,1 Millionen für den Zollbahnhof in Kehl aus der Westhilfe.⁹ Bei dieser Forderung konnte sich der Minister auf das umfangreiche Ostprogramm berufen, das die Reichsregierung gerade entwarf. Das Programm enthielt nämlich auch ein Gesetz zur Förderung der Anlage von Eisenbahnstrecken in den östlichen und westlichen Grenzgebieten. Neben neun Linien, die der Osten erhalten sollte, waren zwei neue Verbindungen für den Westen vorgesehen, nämlich die Strecken Türkismühle-Kusel und Irrelt-Sinspelt-Bitburg. Da die hohe verkehrspolitische Bedeutung dieser beiden Eisenbahnlinien ursächlich mit der neuen Grenzziehung im Westen zusammenhing, drängte der Verkehrsausschuß des Reichstags auf ihren Bau und erzwang ihre Aufnahme in das Osthilfegesetz.¹⁰ Mithin lag der Gedanke nahe, auch den Bau des Kehler Zollbahnhofs, dessen Notwendigkeit mit der Abtretung Straßburgs hinreichend begründet wurde, aus dem Verkehrsfonds der Osthilfe zu bestreiten. Deshalb stimmte das Reichskabinett den von Treviranus geforderten Änderungen zu und lehnte die ursprüngliche Vorlage Moldenhauers ab.¹¹ Dieser Erfolg des Rheinministers erwies sich indessen als zwiespältig. Was nützte das Bekenntnis der Reichsregierung zu einem langfristigen Westprogramm, wenn zu dessen Durchführung die finanziellen Mittel fehlten? Treviranus klammerte sich an die Hoffnung, die Veräußerung der „Reichsliegenschaften“ im Westen, bestehend aus Wohnbauten für die Besatzungstruppen, Kasernen, Exerzierplätzen und Flughäfen, würde die Finanzierung der Westhilfe sichern. Der Wert dieser Immobilien war von Fachleuten immerhin auf etwa 160 Millionen RM geschätzt worden, und die ersten Verkäufe

⁵ Ebd., Bl. 145f.

⁶ GStA Rep. 90, Nr. 1127, 14. 6. 30.

⁷ Vgl. ebd.

⁸ RT 442, Nr. 2139, S. 22.

⁹ BA R 43 I/1801, Bl. 145.

¹⁰ Vgl. BA R 43 I/1803, Bl. 182f.; RT 442, Nr. 2141, S. 16.

¹¹ BA R 43/1801, Bl. 146.

einzelner Objekte hatten gezeigt, daß mit einem Erlös von ungefähr 60% des Schätzwertes zu rechnen sein würde. Von dieser Summe, die in den nächsten drei bis fünf Jahren zusammenkommen würde, wollte Treviranus im Vorgriff 10 Millionen für die Osthilfe und 7,5 Millionen für die Unterstützung der Saargänger abzwiegen, um sodann den Rest über mehrere Jahre verteilt ausschließlich für den Westfonds zu verwenden.¹² Angesichts der spürbar nachlassenden Nachfrage nach Immobilien im Frühjahr 1930 begegneten die Landesregierungen und der Reichstag diesem Finanzierungsplan mit einigem Zweifel.¹³ Der Versuch, den Zollbahnhof in Kehl aus Mitteln der Osthilfe zu finanzieren, zog überdies langanhaltende Proteste der bayerischen Regierung nach sich, die nicht einsehen wollte, warum der Bau der Eisenbahnverbindung zwischen Eisenberg und Enkenbach auf den pfälzischen Anteil an der Westhilfe verrechnet werden sollte, obwohl die Anlage dieser Strecke den Weg vom Saargebiet nach Rheinhessen und ins preußische Frankfurt um 30 bis 40 km verkürzen würde.¹⁴ Selbstverständlich konnte die Reichsregierung nicht alle Verkehrsverbesserungen, die im Westen geplant wurden, auf das Programm der Osthilfe übernehmen. Daher mußte sie dem rührigen Zentrumsabgeordneten Hofmann (Ludwigshafen) den Wunsch abschlagen, wenigstens noch den Bau der pfälzischen Bahnlinie in eine Maßnahme der Osthilfe umzuwandeln.¹⁵ Auch das Land Baden mußte beträchtliche Teile seiner Quote am Westfonds für den Zollbahnhof in Kehl einsetzen, dessen Errichtung eine kostspielige Verlegung des Flußlaufes der Kinzig notwendig machte.¹⁶

Finanziell war Treviranus also für die Verwirklichung seines ehrgeizigen Projektes, das jetzt auch amtlich als „Reichswesthilfe“ (RWH) bezeichnet wurde, nicht besser gerüstet als zwei Monate zuvor sein Amtsvorgänger Wirth.¹⁷ Für die Förderung der Wirtschaft standen auch ihm nur 20 Millionen zur Verfügung,¹⁸ obwohl im Entwurf des Haushaltsgesetzes vermerkt war, daß es sich bei diesem Betrag um die erste Rate eines sich über mehrere Jahre erstreckenden Programms handle, „über dessen weitere Durchführung in den künftigen Haushaltsplänen Bestimmungen getroffen werden.“¹⁹ Diese

¹² GStA Rep. 90, Nr. 1127, 4. 6. 30; ferner an., Die Verwertung des Westvermögens, in: MdW 6 (1930), S. 1733.

¹³ BA R 43 I/1842, Bl. 255; GStA Rep. 90, Nr. 1127, 4. 6. 30; Probst, S. 12f.

¹⁴ BA R 43 I/1801, Bl. 247; BHStA MK 15 526, 29. 4., 30. 4., 21. 5., 29. 5. 30; ferner Hess, S. 112.

¹⁵ BHStA MK 15 526, 28. 5. 30.

¹⁶ Ebd., 12. 8. 30.

¹⁷ Die Mehrheit des Reichsrats hatte bereits am 16. 4. einen Antrag des Vertreters der Rheinprovinz, das Westprogramm wenigstens mit 30 Millionen RM auszustatten, abgelehnt. RR 1930, S. 152f.

¹⁸ Vorgesehen waren zusätzliche 2,5 Millionen RM für die kulturelle Fürsorge, ebd.

¹⁹ RT 442, S. 22f.

Klausel, die eine Hintertür zu einem vorzeitigen Abbruch der Westhilfe offenließ, wirft die Frage auf, ob der Westen Deutschlands noch besonderer Regionalsubventionen bedurfte, nachdem die Räumung der dritten Besatzungszone trotz der Schikanen einiger französischer Militärdienststellen²⁰ zum 30. Juni 1930 eine beschlossene Sache war. Nicht allein die hessische Landesregierung hatte stets betont, ihre sinkenden Steuereinnahmen seien ausschließlich auf die Besetzung fast der Hälfte des Landes zurückzuführen.²¹ Noch im Oktober 1928 hatte der Verband der Stadt- und Landkreise des besetzten Gebietes in einer Eingabe an die Reichsregierung die prekäre Lage der Gemeindefinanzen aus der Höhe der Besatzungslasten abgeleitet. Unterstützt von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in den Besatzungszonen erhob der Kommunalverband die „dringende Forderung, daß endlich den Gemeinden seitens des Reiches ausreichende Mittel zum Ausgleich für die ihnen durch die Tatsache der Besetzung erwachsenen Schäden gewährt und damit ihnen die finanzielle Möglichkeit gegeben werde, über die schwere Zeit der Besetzung hinwegzukommen.“²² Diese „schwere Zeit“ neigte sich jedoch unwiderruflich ihrem Ende zu. Folgerichtig verteidigte Reichsfinanzminister Moldenhauer das neue Ostprogramm in der Öffentlichkeit auch mit dem Hinweis, der Westen sei jetzt zehn Jahre lang Gegenstand der besonderen Fürsorge der Reichsregierung gewesen. Trotz aller Bedrängnis sei es gelungen, seine Wirtschaft lebensfähig zu erhalten, und mit dem Abzug der Besatzungstruppen würden auch die noch verbliebenen Schwierigkeiten weichen.²³

Allerdings hatte der Kommunalverband im besetzten Gebiet seine Auffassung inzwischen der außenpolitischen Entwicklung angepaßt. Am 4. Februar 1930 richtete er erneut ein Memorandum an die Reichsregierung, indem er die bevorstehende Räumung der Besatzungszonen für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten seiner Mitglieder verantwortlich machte. Die fremden Garnisonen, die jetzt aufgelöst würden, ohne daß deutsche Streitkräfte nachrückten, seien nämlich Großabnehmer der kommunalen Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke gewesen, ihre Dienststellen hätten außerdem Schlachthof-, Müllabfuhr-, Hafen- und Lagerhausgebühren in großem Umfang entrichtet. Eine Umfrage unter den Städten Aachen, Düren, Koblenz, Ludwigshafen, Mainz, Trier, Wiesbaden, Worms und Zweibrücken habe ergeben, daß die Rheinlandräumung einen Verzicht auf jährliche Einnahmen von 2,1 Millionen RM für Strom, Gas und Wasser und von 0,3 Millionen RM an Gebühren zur Folge haben werde. Frei werdende Dienstgebäude seien wegen der im

²⁰ H. Brüning, *Memoiren 1918–1934*, 1970, S. 170f.

²¹ Vgl. Hess. StA Abt. 024 Hesse Nr. 31, 6 Bl., S. 3, 21.

²² GStA Rep. 90, Nr. 1127, 5. 10. 28.

²³ BA R 43 I/1800, Bl. 238.

Augenblick zögernden Nachfrage kaum als gewerbliche Anlagen zu nutzen. Auch große Wohnungen, die von den Besatzungsangehörigen freigegeben würden, fänden kaum Mieter, nur mit Hilfe staatlicher Zuschüsse könnten sie in kleine Wohneinheiten umgebaut werden, die auf dem Wohnungsmarkt sehr begehrt seien. Aus diesen Gründen sei „eine auf eine Reihe von Jahren berechnete systematische Hilfsaktion für das westliche Grenzgebiet“, die mit „erheblichen Mitteln“ auszustatten sei, unerlässlich.²⁴ Der Gewerkschaftsausschuß im besetzten Gebiet wies nach, daß nach der „Rheinlandbefreiung“ 4430 Personen arbeitslos werden würden, die bisher als Zivilarbeiter oder als Hausangestellte von der Besatzungsmacht beschäftigt worden seien.²⁵ Da sich die weltweite Krise inzwischen lähmend auch auf die deutsche Volkswirtschaft ausgebreitet hatte, wogen die mittelbaren Auswirkungen des Truppenabzugs ebenfalls schwer. Bisher hatte die Bauwirtschaft immer noch Aufträge zur Errichtung und zur Instandsetzung militärischer Anlagen und zum Bau und zur Reparatur von Wohnungen für Besatzungsangehörige und „besatzungsverdrängte“ deutsche Staatsbürger erhalten, und der Einzelhandel hatte die fremden Soldaten und ihre Familien als Kunden gern gesehen.²⁶ Hinter dem Unmut, der sich im Westen über das vom Reichskabinett beschlossene Ostprogramm breit machte und der Preußens Innenminister Waentig (SPD) mit Besorgnis erfüllte,²⁷ verbarg sich deshalb nicht nur blanker Neid, sondern zum großen Teil eben die Existenzangst vieler kleiner Gewerbetreibender und Einzelhändler, die mit dem Abzug der Besatzungstruppen eine kaufkräftige Nachfrage schwinden sahen, welche die von der Weltwirtschaftskrise geschüttelte Heimat nicht wettmachen konnte. Daher nimmt es nicht wunder, daß die Vertreter aller bedeutenden politischen Parteien für die Fortführung der Westhilfe auch nach der Befreiung der Rheinlande eintraten.²⁸ Die Führung ergriff erneut die Zentrumspartei, deren Reichstagsabgeordneter Esser sich ausdrücklich zum „Dolmetsch“ seiner rheinischen Landsleute erklärte.²⁹ Selbst Preußens Ministerpräsident Braun, der sonst eindeutig der Osthilfe den Vorzug einräumte, sah sich ver-

²⁴ GStA Rep. 90, Nr. 1127, 4. 2. 30; ferner H. Müller-Werth, Geschichte und Kommunalpolitik der Stadt Wiesbaden unter besonderer Berücksichtigung der letzten 150 Jahre, 1963, S. 160f.; Tirard, S. 320; K. Adenauer, Der Rhein frei! in: Hd 10 (1930), S. 198.

²⁵ GStA Rep. 90, Nr. 1127, 29. 7. 29.

²⁶ Vgl. Müller-Werth, S. 157, 161; E.-F. Staenglen, Die Finanzwirtschaft der Stadt Karlsruhe am Rhein 1924–1932, 1934, S. 127; Probst, S. 30.

²⁷ GStA Rep. 90, Nr. 1127, 15. 5. 30; ferner ebd. 26. 3. 30.

²⁸ Siehe z. B. RT 427, S. 5033 Ersing/Z; RT 428, S. 5607 v. Dryander/DNVP, S. 5608 Bockius/Z, S. 5611 Dr. Kalle/DVP, S. 5629 Dr. Bayersdörfer/BVP, S. 5636 Kirschmann/SPD.

²⁹ RT 428, S. 6043. Vgl. auch den Zentrumsantrag für ein Westhilfegesetz im preuß. Landtag vom 27. 6. 30. PLT III, Drs. Bd. 8, Nr. 5198.

anlaßt, im Landtag auch auf die fortdauernden Schwierigkeiten im Westen zu verweisen und für deren Überwindung die Bereitstellung „außerordentlicher Mittel“ zu verlangen.³⁰ Schon bald schien ein Westprogramm nicht mehr zu genügen, und der Ruf nach einem „Westhilfegesetz“ wurde laut. Den Anfang machte der von der Rheinprovinz bestellte Bevollmächtigte Preußens zum Reichsrat,³¹ Dr. Hamacher. Als sein Gremium am 12. Juni den Entwurf eines Gesetzes über die Osthilfe beriet, beantragte er, die Reichsregierung zu ersuchen, „gleichfalls ein Westhilfegesetz so beschleunigt vorzulegen, daß es von den gesetzgebenden Körperschaften in unmittelbarem Anschluß an die Räumung verabschiedet werden kann.“³² Dem Einwand der Reichsregierung, ein solches Gesetz sei in der kurzen bis zur Räumung des besetzten Gebietes noch verbleibenden Zeit nicht zu verabschieden,³³ begegnete Hamacher mit dem überzeugenden Hinweis, die Unterlagen für einen solchen Gesetzentwurf seien bereits vorhanden und es bedürfe deshalb „nur noch einer zusammenfassenden Arbeit von wenigen Tagen“, um den Entwurf vorzulegen.³⁴ Nach einigen formalen Änderungen wurde seinem Antrag daher auch vom Vertreter der preußischen Regierung stattgegeben.³⁵ Als dann am 30. Juni die Nachhut der Besatzung die Pfalz verließ, stellten im Reichstag die Fraktionen der SPD, der DNVP, des Zentrums, der DVP, der DDP, der Wirtschaftlichen Vereinigung, der Konservativen Volkspartei und der BVP gemeinsam den Antrag, die Reichsregierung möge die auf zehn Jahre zu verteilende Westhilfe durch ein Gesetz sicherstellen, das noch vor der Sommerpause des Reichstags verabschiedet werden solle.³⁶ Am 15. Juli – der Jubel über die Befreiung der Rheinlande war noch nicht verklungen – legten diese Fraktionen wiederum gemeinsam einen Gesetzentwurf vor, nach dem das Reich in seinem Haushalt bis zum Rechnungsjahr 1934 Mittel für die Westhilfe auszubringen habe und daneben den Finanzminister ermächtigen solle, zur Förderung der Landwirtschaft, der gewerblichen Wirtschaft und des Verkehrswesens Bürgschaften bis zum Höchstbetrag von 100 Millionen RM zu übernehmen.³⁷ Im Reichskabinett erklärte sich Treviranus bereit, wegen der Verwirklichung des Entwurfs mit den Führern der maßgebenden

³⁰ PLT III, Bd. 10, S. 13694.

³¹ Zur Aufteilung der preußischen Stimmen im Reichsrat zwischen Regierung und Provinzen siehe W. Besson, *Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik*, 1959, S. 57.

³² RR 1930, S. 352.

³³ BHStA ML 1816, 14. 6. 30.

³⁴ GStA Rep. 90, Nr. 1127, 12. 6. 30.

³⁵ Vgl. ebd., 11. 6. 30.

³⁶ RT 443, Nr. 2229. Zugeschnitten auf die Förderung der Landwirtschaft, aber sonst unverändert, brachte die konservative Splitterpartei „Deutsches Landvolk“ diesen Gesetzentwurf am 13. 10. erneut als Antrag ein. RT 448, Nr. 35.

³⁷ RT 443, Nr. 2368.

Parteien Verhandlungen aufzunehmen. Die Ministerrunde stimmte diesem Vorhaben zu, nachdem der neu ernannte Finanzminister Dietrich lediglich darum gebeten hatte, die Garantiesumme offen zu lassen.³⁸

Blieb mit dieser Entscheidung die Zukunft des Gesetzentwurfs auch im Ungewissen, so war doch die Westhilfe für das Jahr 1930 gesichert. Unter Berücksichtigung der Bevölkerungsdichte in den einzelnen Bezirken sowie der Dauer der Besatzung teilte Treviranus die 20 Millionen auf die beteiligten Länder auf: Preußen erhielt 9,14, Bayern 4,9, Hessen 3,1, Baden 2,56 und Oldenburg 0,3 Millionen.³⁹ Preußen fühlte sich bei der Verteilung benachteiligt, denn, so folgerte sein Innenminister, das Land habe nur 45,7% der für die besetzten Gebiete zur Verfügung stehenden Gelder bekommen, stelle indessen 46% des Flächeninhalts und 54% der Einwohnerschaft der 2. und 3. Besatzungszone.⁴⁰ Hessens Staatspräsident Adelung klagte hingegen, bei der Westhilfe werde allzusehr die Bevölkerungszahl in Rechnung gestellt und die finanzielle Leistungsfähigkeit der betreffenden Länder dabei ziemlich vernachlässigt.⁴¹ Baden schließlich war nicht allein nach der Ansicht anderer Landesregierungen, sondern auch nach der Auffassung des Reichstagsausschusses für die besetzten Gebiete bei der Vergabe der Mittel begünstigt worden.⁴² Nach den Vorstellungen des Rheinministeriums sollten die bewilligten Gelder in der Hauptsache für die folgenden Zwecke verbraucht werden:⁴³

1. 5,18 Millionen RM für die Förderung der landwirtschaftlichen Produktions- und Absatzbedingungen,
2. 1,77 Millionen RM für den Bau von Wasserleitungen,
3. 5,52 Millionen RM zur Hebung von Industrie und Gewerbe durch die Förderung des gewerblichen Fachschulwesens, die Unterstützung der gewerblichen Kreditgenossenschaften und die Beschaffung zinsloser oder „zinsverbilligter“ Darlehen.
4. 7,04 Millionen RM zur Verbesserung der Verkehrsverbindungen,
5. 0,49 Millionen RM zur Unterstützung der Bade- und Kurorte.

Die Verteilung der Mittel auf einzelne Projekte innerhalb der Verwendungsarten sollte, einem mehrfach geäußerten Wunsch der Landesregierungen folgend, weitgehend im Ermessen der jeweiligen Landesbehörden und der Wirtschaftsverbände liegen.⁴⁴ Das Ministerium kennzeichnete die Gelder der

³⁸ GStA Rep. 90, Nr. 1127, 14. 7. 30.

³⁹ BA R 43 I/1804, Bl. 114; ferner BHStA MK 15 526, 23. 5. 30.

⁴⁰ GStA Rep. 90, Nr. 1127, 4. 6. 30.

⁴¹ Adelung, S. 307.

⁴² GStA Rep. 90, Nr. 1127, 4. 6. 30; BHStA MK 15 526, 30. 4., 28. 5. 30.

⁴³ Berechnet nach den Zahlenangaben in BA R 43 I/1804, Bl. 114.

⁴⁴ GStA Rep. 90, Nr. 1127, 16. 6. 30; BHStA MK 15 526, 26. 4. 30; MA 107781, 3. 5. 30.

RWH 1930 ausdrücklich als „Zusatzmittel“ zu den sonstigen im Reichsetat sowie in den Landes- und Provinzialhaushalten ausgebrachten finanziellen Hilfeleistungen. In einzelnen Fällen, so z. B. bei der Unterstützung der gewerblichen Genossenschaften und der Brückenbauvorhaben im Rheinland, wurde die Beteiligung anderer Geldgeber genau aufgeschlüsselt und zwingend vorgeschrieben.⁴⁵ Ferner untersagte das Ministerium die Gewährung von Subventionen an einzelne Personen oder Firmen und empfahl die Vergabe von Reichszuschüssen als „Ansporn zur Selbsthilfe.“⁴⁶

Unverkennbar unter dem Eindruck der Massenarbeitslosigkeit bemühte sich Treviranus, den beschäftigungspolitischen Nutzen der Westhilfe nach Kräften zu steigern. Als er am 12. August 1930 den Landesregierungen ihre Quoten mitteilte, bat er sie, bei der Verwendung dieser Gelder die ortsansässigen Unternehmer mit Aufträgen zu versehen, sofern deren Angebote im Preis und in der Qualität nur unwesentlich von den Offerten ihrer auswärtigen Konkurrenten abwichen.⁴⁷ Sodann sollten „im Interesse der Belebung des Arbeitsmarktes“ Baustoffe wie Natursteine, Basalt, Melaphyr, Schotter, Kies und Schiefer aus der ehemaligen Besatzungszone entnommen werden, für die in der Tat die Industrie der Steine und Erden eine bedeutende Rolle spielte.⁴⁸ Bei der Vergabe größerer Aufträge wünschte der Rheinminister eine Verteilung der zu erbringenden Leistungen auf mehrere Firmen.⁴⁹ Der preußischen Landesregierung empfahl er sogar, den Bau der Moselbrücke bei Koblenz im Falle eines angemessenen Preisangebots von der Bauunternehmung Dyckerhoff & Widmann in Wiesbaden ausführen zu lassen, da deren Konkurrenzfirma Grün & Bilfinger in Mannheim den Zuschlag für die Tiefbauarbeiten an der neuen Rheinbrücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen erhalten habe.⁵⁰

2. Die Ostorientierung in der Grenzlandpolitik

Nach der Verteilung der RWH 1930 unterrichtete Rheinminister Treviranus die Vertreter der Länder über seine Absicht, auch für das Rechnungsjahr

⁴⁵ Ebd., BA R 43 I/1804, Bl. 118.

⁴⁶ BHStA MK 15526, 23.5.30.

⁴⁷ BA R 43 I/1804, Bl. 113, 117, 120, 123. Preußen hatte bereits am 16.6.30 einen Entwurf erhalten. GStA Rep. 90, Nr. 1127.

⁴⁸ Ebd.; van Ham, S. 80f.

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ GStA Rep. 90, Nr. 1127, 16.6.30. Diese Brücke entstand zwischen 1932 und 1934 in einer Arbeitsgemeinschaft von 4 Großfirmen. Weit spannt sich der Bogen 1865–1965. Die Geschichte der Bauunternehmung Dyckerhoff & Widmann, 1965, S. 91.

1931 eine Westhilfe in Höhe von 20 Millionen zu beantragen.⁵¹ Zu diesem Zeitpunkt wußte er bereits, daß die Räumung des Rheinlandes seinem Amt die Berechtigung des Fortbestehens entzogen hatte. Doch hofften er und der Kanzler, das bisherige Ministerium für die besetzten Gebiete beibehalten zu können, indem sie es mit neuen Aufgaben in den Ostprovinzen versehen würden.⁵² Eine Entscheidung des Reichsrats besiegelte jedoch das Schicksal des Ministeriums: Es wurde zum 30. September aufgelöst. Die noch nicht erledigten Aufgaben fielen an das Ministerium des Innern zurück, dem auch die Verwaltung des Reichsvermögens im Westen übertragen wurde.⁵³ Obwohl sich also für Treviranus, der als Schützling Hindenburgs galt, kein neues „Ostministerium“ einrichten ließ, gelang es Brüning doch, ihn mit dem Amt des „Reichskommissars für die Osthilfe“ zu betrauen.⁵⁴ Dieser Wechsel im Tätigkeitsfeld des bisherigen Rheinministers von der Betreuung der Grenzgebiete im Westen zum Kommissar für die Osthilfe kennzeichnete treffend die Verlagerung des Schwergewichts in der Grenzlandpolitik des Reiches.⁵⁵ Das Gewicht, das er dem deutschen Osten in seiner Innen- und Finanzpolitik beimaß, betonte Brüning durch seine „Ostreise“, die er im Januar 1931 unternahm und auf der ihn unter anderem Reichsbankpräsident Luther, der Generaldirektor der Reichsbahn, Dorpmüller, Ostkommissar Treviranus, Ministerialdirektor Zarden als Vertreter des Reichsfinanzministers und der Staatssekretär im preußischen Landwirtschaftsministerium, Krüger, begleiteten.⁵⁶ Nach dem offiziellen Bericht, den Krüger anfertigte, sollte die Bereisung der Grenzlande bewirken, „daß die Ostsache zur Sache des gesamten deutschen Volkes wird: daß auch die Deutschen am Rhein oder an der Weser, am Main und an der Donau mit derselben Aufmerksamkeit auf die Oder und auf die Weichsel blicken, wie sie auf alles geachtet haben, was am Rhein vor sich ging, und daß die einheitlichen Kräfte des ganzen Volkes, die dem Rheinland zu Gebote gestanden haben, auch den Ostlanden gewidmet werden.“⁵⁷ Die hier zum Vorschein kommende Ostorientierung, die weit über das Gebiet der regionalen Wirtschaftspolitik ausgreifend bald die gesamte Innen- und Finanzpolitik des Reiches berührte, vollzog der Kanzler

⁵¹ BHStA MK 15 526, 29. 8. 30.

⁵² BA R 43/I 1444, Bl. 178 f.; Fiederlein, S. 101.

⁵³ Ebd., Bl. 179; Mayer, S. 111 f.

⁵⁴ Ebd.; Fiederlein, S. 121; ferner U. Roeske, Brüning und die Volkskonservativen (1930), in: ZfG 29 (1971), S. 909.

⁵⁵ Fiederlein, S. 121. Auch in der Öffentlichkeitsarbeit der Reichsregierung trat diese Ostorientierung nun in den Vordergrund. K. W. Wippermann, Politische Propaganda und staatsbürgerliche Bildung. Die Reichszentrale für Heimatdienst in der Weimarer Republik, 1976, S. 376 f.

⁵⁶ Brüning, S. 241 f.; Fiederlein, S. 161.

⁵⁷ Dr. Krüger, Die Ostreise des Reichskanzlers, in: Hd 11 (1930), S. 20.

gegen seine innere Überzeugung. Seine Kenntnis der wirtschaftlichen und politischen Struktur der Ostprovinzen – seit 1924 vertrat er den ostdeutschen Wahlkreis 7: Breslau im Reichstag – veranlaßte ihn zu dem harten Urteil, der Osten Deutschlands sei im Jahre 1931 weder reif für eine Demokratie noch für „eine besonders wohlwollende Behandlung seitens der Regierung“ gewesen.⁵⁸ Welche Überlegungen oder welche Notwendigkeiten bewogen Brüning dann aber, sich mit einer solchen Entschiedenheit für die Anliegen des Ostens im Rahmen seiner Politik einzusetzen und insbesondere der Osthilfe den absoluten Vorrang einzuräumen?

Zunächst stellte die Aufgabe der Sanierung der ostdeutschen Landwirtschaft eine Auflage dar, die Reichspräsident von Hindenburg dem neuen Reichskabinett erteilt hatte.⁵⁹ Außerdem aber hatte Brüning auch auf die Forderungen des „Ostflügels“ seiner Partei Rücksicht zu nehmen.⁶⁰ Eine Gruppe ostdeutscher Zentrumsabgeordneter, deren Sprecher Carl Ulitzka war, hatte maßgeblichen Anteil an der Gründung des Ostausschusses des Reichstags, dessen Tätigkeit es zu verdanken war, wenn seit 1927 ständig Mittel für Ostdeutschland im Reichshaushalt ausgewiesen wurden.⁶¹ Am 14. April 1928 hatte in Breslau der erste ostdeutsche Zentrumsparteitag stattgefunden, dem der Parteivorsitzende, Prälat Kaas, in seiner Begrüßungsansprache den Auftrag zugewiesen hatte, ein „großzügiges“ Hilfsprogramm für den Osten auszuarbeiten.⁶² Allerdings hatte Brüning schon bei seinem Amtsantritt keinen Zweifel daran gelassen, daß seine Ostpolitik „im Rahmen eines weitausschauenden und konstruktiven Programms“ sich nicht auf eine „ausschließliche Subvention der Teile des Großgrundbesitzes“ beschränken werde, die wirtschaftlich ohnedies nicht gehalten werden könnten, sondern auch „die Vergrößerung von kleinbäuerlichen und mittleren Betrieben und die Förderung der neuen Ansiedlungen“ einbeziehen werde.⁶³ In der Frage der Ausgestaltung der Osthilfe traf sich Brüning daher mit der Auffassung seines Finanzministers Dietrich, der bei seinem Eintreten für Hilfsmaßnahmen zugunsten der Landwirtschaft in den Ostprovinzen, alten Grundsätzen der Linksliberalen folgend, in erster Linie an Siedlungspolitik dachte und nicht an eine Restauration der bestehenden Agrarverfassung, wie sie Hin-

⁵⁸ Vgl. Brüning, S. 242–245.

⁵⁹ Ebd., S. 172f.; ferner G. R. Treviranus, Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit, 1968, S. 195.

⁶⁰ Siehe Brünings Ausführungen auf dem Provinzial-Parteitag der Westfälischen Zentrumsparlei am 5. 5. 30 in Dortmund. BA R 43 I/2658, Bl. 213.

⁶¹ C. Ulitzka, Der deutsche Osten und die Zentrumsparlei, in: K. A. Schulte (Hg.), Nationale Arbeit. Das Zentrum und sein Wirken in der deutschen Republik, 1929, S. 151f.

⁶² BA R 43 I/2658, Bl. 153.

⁶³ Ebd., Bl. 213.

denburg vorschwebte.⁶⁴ Die entscheidende Wendung zur Ostorientierung in der Grenzlandpolitik Brünings dürfte dann aber wohl der überraschende Ausgang der Reichstagswahl vom 14. September 1930 bewirkt haben.

Die Nationalsozialisten, die bisher nur über 14 Sitze im Reichstag verfügt hatten, kehrten mit 107 Abgeordneten als zweitstärkste Fraktion zurück. Die Deutschnationalen hingegen konnten von ihren bisherigen 73 Sitzen nur noch 41 behaupten. Am Vorabend der Wahl hatte Brüning in seinem Wahlkreis die Agitation und die Propaganda der NSDAP buchstäblich am eigenen Leib erfahren.⁶⁵ Da diese Partei gerade in den Ostprovinzen, deren vorwiegend agrarische Wahlkreise alle einen über dem Reichsdurchschnitt liegenden Prozentsatz an nationalsozialistischen Wählerstimmen aufwiesen,⁶⁶ erhebliche Wahlerfolge zu Lasten der DNVP erzielt hatte, reifte in ihm der Gedanke, durch umfangreiche Regionalsubventionen die wirtschaftliche Lage der Ostgebiete zu heben, um der Demagogie der NSDAP entgegenzutreten und ihren Aufstieg zur „Bauernpartei“ zu bremsen.⁶⁷ Die Zusammenfassung aller finanziellen Kräfte auf die Durchführung einer „großzügigen“ Osthilfe gefährdete in einer Zeit, in der sich die Weltwirtschaftskrise in Gestalt rückläufiger Steuereinnahmen und ansteigender Sozialausgaben über die öffentlichen Haushalte ergoß, die geplante Weiterführung des Westprogramms.

Der finanzielle Engpaß, in den der Reichshaushalt geriet, ließ dem Finanzminister kaum eine andere Wahl, als die Westhilfe vorübergehend auszusetzen. Daher schlug er vor, den Westfonds im Etat 1931 als Leertitel auszubringen, der nach und nach mit den Erlösen aus der Veräußerung des reichseigenen Grundbesitzes im Westen gespeist werden könnte.⁶⁸ Eine bestimmte Höhe dieser Einkünfte aus Verkauf und Vermietung konnte Dietrich freilich nicht gewährleisten. Nach der Befreiung des Rheinlandes hatte das Reich seine Liegenschaften, die es bisher für die Besatzungsmacht hatte bereitstellen müssen, der reichseigenen Deutschen Grund- und Bodenbank AG⁶⁹ übertragen, die als Treuhänderin die Verwaltung und den Verkauf besorgen sollte. Bis Ende 1930 hatte die Bank ungefähr 40 Millionen RM durch den Verkauf, die Verpachtung und die Aufnahme von Hypotheken aufgebracht.

⁶⁴ W. Stephan, *Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei*, 1973, S. 404f.; Fiederlein, S. 305f.

⁶⁵ Brüning, S. 186.

⁶⁶ Vgl. Fiederlein, S. 135f.

⁶⁷ Brüning, S. 242; ferner Gessner, S. 234f.; H. Gies, R. Walther Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930 bis 1933, 1966, S. 82f.

⁶⁸ Vgl. GStA Rep. 90, Nr. 1128, 6. 11. 30.

⁶⁹ Zu den Funktionen dieser Bank siehe H. Jaschinski, Art. „Deutsche Bau- und Bodenbank Aktiengesellschaft Frankfurt am Main/Berlin“, in: *Enzyklop. Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen*, Bd. 1, 1967³, S. 357.

Genau dieser Betrag war jedoch im außerordentlichen Haushalt 1930 als Einnahme zur Deckung der Grenzhilfe veranschlagt gewesen. Fachleute bezweifelten überdies, daß angesichts der fortschreitenden Wirtschaftskrise noch mit nennenswerten Verkaufserlösen zu rechnen sein werde.⁷⁰ Eine Ausnahme bildete freilich die Unterstützung der Saargänger. Für diese vorwiegend politisch begründete Maßnahme stellte der Finanzminister anstandslos 5 Millionen RM zur Verfügung.⁷¹

Die erste Auseinandersetzung über Dietrichs Vorschlag führte Ende November der Reichsrat, der jetzt im Zeichen politisch schwacher Präsidialkabinette immer mehr in die Rolle eines Ersatzgesetzgebers hineinwuchs.⁷² In diesem Gremium stellte der Bevollmächtigte Bayerns, Sperr, den Antrag, die Reichsregierung möge im Haushalt 1931 erneut einen Westfonds verankern, der 20 Millionen RM für die Förderung der Wirtschaft und 2,5 Millionen RM für kulturelle Zwecke umfassen solle. Seine Forderung begründete er zum einen mit den Versprechungen, welche Reichspräsident, Reichsregierung und Reichstag der Bevölkerung im Westen anlässlich der Befreiungsfeiern gemacht hätten. Zum anderen erinnerte er an die Erläuterung im Haushaltsplan für 1930, wo der Westfonds ausdrücklich als erste Rate eines sich über mehrere Jahre erstreckenden Programms gekennzeichnet worden sei. Die mit dieser Rate von 22,5 Millionen RM begonnenen Arbeitsvorhaben hingen nun völlig in der Luft, erklärte er, denn ihre weitere Finanzierung beruhe auf Einnahmen, deren Höhe sich allenfalls am Ende des Haushaltsjahres absehen lasse.⁷³ Die Vertreter Badens, Hessens, Oldenburgs und der Rheinprovinz schlossen sich dem bayerischen Antrag an.⁷⁴

Die Entscheidung lag jetzt in den Händen der preußischen Staatsregierung, die grundsätzlich der Osthilfe den Vorzug gab. Doch brachte ihr Innenminister – seit dem 22. Oktober verwaltete dieses Ressort wieder Severing, der zuvor als Reichsinnenminister und als provisorischer Rheinminister Erfahrungen auf dem Gebiet der Westhilfe hatte sammeln können – dieselben Argumente vor wie Sperr. Eine Planung von Bauvorhaben im Westen könne nicht erfolgen, betonte auch er, wenn die Höhe der zur Verfügung stehenden Mittel nicht wenigstens zu Beginn des Etatsjahres bekannt sei. Zumindest 15 Millionen RM erachte er deshalb als Ausstattung des Westfonds für notwendig.⁷⁵ Diesen Vorschlag übernahm der Bevollmächtigte Hessens, Mini-

⁷⁰ Vgl. GStA Rep. 90, Nr. 1128, 19. 11. 30; GLA 233, Nr. 26041, 2. 12. 30; RT 442, Nr. 2139.

⁷¹ GStA Rep. 90, Nr. 1128, 6. 11. 30.

⁷² Besson, S. 195 f.

⁷³ BHStA MA 107782, 17. 11. 30; GStA Rep. 90, Nr. 1128, 19. 11. 30; GLA 233, Nr. 26041, 2. 12. 30.

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ GStA Rep. 90, Nr. 1128, 6. 11. 30.

sterialrat Dr. Edward. Im Falle der Ablehnung des bayerischen Antrags forderte er die Einstellung von 15 Millionen in den ordentlichen Haushalt.⁷⁶ Der Reichsfinanzminister hingegen bat inständig darum, beide Anträge abzuweisen. Gern wolle er etwas für den Westen tun, versicherte er, doch wenn das Geld fehle, sei es sinnlos, in den Haushalt Beträge einzusetzen, die man hernach nicht aufbringen könne. Vor allem der Antrag Bayerns ziele nämlich auf eine Kürzung des Versorgungshaushaltes ab, die finanztechnisch gar nicht durchführbar sei, da die rechtskräftig festgesetzten Renten in voller Höhe gezahlt werden müßten. Im übrigen liege eine Sanierung des Reichshaushaltes gerade auch im Interesse der Westgebiete.⁷⁷ Diese Lage nutzten die Vertreter Preußens zu einem Vermittlungsvorschlag. Man möge doch 5 Millionen im Ordinarium für die Westhilfe ausbringen, regten sie an, und im Extraordinarium noch einmal 10 Millionen einsetzen, die durch Einnahmen aus Grundstücksverkäufen im ehemals besetzten Gebiet gedeckt werden sollten.⁷⁸ Ein entsprechend formulierter Antrag fand dann auch die Mehrheit des Gremiums, obwohl Ministerialrat Bender vom Innenministerium bezweifelte, daß der Betrag von 10 Millionen RM aus Verkaufserlösen einzubringen sei.⁷⁹ Zwei Drittel des neuen Westfonds hingen mithin von zukünftigen und obendrein in ihrer Höhe fraglichen Zahlungseingängen ab. Nichts kennzeichnete die Unsicherheit, welche innerhalb der Ministerialbürokratie herrschte, besser als die Versicherung, die Ministerialdirektor Schwerin von Krösigk aus dem Reichsfinanzministerium dem badischen Bevollmächtigten gegenüber abgab: Selbstverständlich werde das Reich dem Land Baden die 1,23 Millionen RM überweisen, die es als Zuschuß für die Kinzigregulierung benötige, welche es 1930 in Erwartung eines langfristigen Westprogramms begonnen habe. Doch vermöge er nicht zu sagen, aus welchem Einzeletat die Mittel entnommen werden würden.⁸⁰ Für die RWH 1931 waren deshalb zunächst nur 5 Millionen RM greifbar, die, verglichen mit den 157 Millionen, die gleichzeitig für das Ostprogramm ausgeworfen werden sollten, die Westhilfe auf die Stufe der Almosenpolitik hinabdrückten.⁸¹

Alle Proteste des Reichsinnenministers, des Haushaltsausschusses des Reichstags, einzelner Parlamentarier und der beteiligten Landesregierungen gegen die Kürzung der Westhilfe bis auf einen Erinnerungsposten⁸² ver-

⁷⁶ RR 1930, S. 549f.

⁷⁷ Ebd.

⁷⁸ GLA 233, Nr. 26041, 22. 11., 25. 11. 30; ferner GStA Rep. 90, Nr. 1128, 12. 11. 30.

⁷⁹ GLA 233, Nr. 26041, 2. 12. 30.

⁸⁰ Ebd.

⁸¹ Vgl. Hamachers Protokollerklärung in RR 1930, S. 549.

⁸² Siehe z. B. BA R 43 I/1449, Bl. 147f. Wirth; BHStA MK 15527, 9. 2. 31 Hess. Staatsmin.; GLA 233, Nr. 26041, 14. 2. 31 Haushaltsausschuß; 27. 5. Bad. Innenmin.; RT 445, S. 1121f. MdR Ritzel/SPD; S. 1127f. MdR Hofmann-Lu./Z.

mochten indessen nicht, die fehlenden finanziellen Mittel herbeizuschaffen oder auch nur sicherzustellen, daß der Verkauf der Liegenschaften wenigstens 10 Millionen einbringen würde. Der Haushaltsausschuß, der sich im Februar 1931 mit der Etatvorlage beschäftigte, versuchte deshalb, eine verbindliche Zusage des Reichsfinanzministers über die Bereitstellung dieses Betrages herbeizuführen.⁸³ Dietrich ließ den Abgeordneten durch seinen Staatssekretär Schäffer mitteilen, der „Einstandspreis“ dieser Immobilien betrage zwischen 400 und 500 Millionen RM, das Reich habe jedoch bei der Übertragung seines Eigentums auf die Bau- und Bodenbank einen „realen Verkaufswert“ von 100 bis 130 Millionen angesetzt, der sich zweifellos in wenigen Jahren erzielen lasse, „falls sich die Verhältnisse auf dem Geld- und Kapitalmarkt einigermaßen normal gestalten werden.“ Andernfalls werde sich der Reichsfinanzminister um eine Beleihung dieser Grundstücke bemühen, wobei er unter Umständen sogar einen höheren Zins als den auf dem Markt üblichen anbieten werde.⁸⁴ Völlig überzeugen konnte Schäffer den Ausschuß jedoch nicht, dessen Sprecher, der Abgeordnete Hofmann, ihm mit Recht entgegenhielt, daß bereits 40 Millionen RM dieses dubiosen Verkehrswertes zur Deckung der Ausgaben für innere Kriegslasten im Etatjahr 1930 herangezogen werden mußten.⁸⁵ Während also die Höhe der verfügbaren Mittel der RWH 1931 noch nicht feststand, wurde dieser weitgehend fiktive Fonds bereits mit einem festen Ausgabenposten belastet. Die Gewerkschaft Mechernich, die in der Eifel Bleierzbergbau betrieb, war erneut in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Da die Firma 1930 ausnahmsweise eine Subvention von 375 000 RM aus den Mitteln der Reichswesthilfe erhalten hatte – immerhin hatte sie ihren Sitz in einem fast zwölf Jahre besetzt gewesenem Grenzgebiet –, lag es für den Finanzminister nahe, ihr Hilfesuch erneut aus dem Westfonds zu erfüllen. Innenminister Wirth wehrte sich jedoch gegen diese Absicht. Abgesehen von der kargen Ausstattung der RWH 1931 und dem innerhalb des Westprogramms ausgesprochenen grundsätzlichen Verzicht auf Einzelsubventionen erblickte er die Ursache des wirtschaftlichen Mißerfolgs der Mechernicher Werke nicht in den Folgen des Friedensvertrags, sondern im Sinken der Bleipreise auf dem Weltmarkt. Deshalb müsse, so schloß er, die staatliche Stützung der Firma aus denselben Quellen erfolgen, die bereits den Mansfelder Kupferbergbau speisten.⁸⁶ Erst als ihm Dietrich die ungefähr 600 Arbeitsplätze vorhielt, die

⁸³ BHStA MA 106074, 14. 2. 31; GLA 233, Nr. 26041, 14. 2. 31.

⁸⁴ Ebd.

⁸⁵ RT 445, S. 1128.

⁸⁶ BA R 43 I/1449, Bl. 146f. Zur Subventionierung des deutschen Kupfererzbergbaus siehe C. Schild, Regionale Konjunktur- und Strukturpolitik: Der Fall Mansfeld-Sontra, in: K.-H. Hansmeyer (Hg.), Subventionen in der Bundesrepublik Deutschland. Materialien zu einem wirtschaftspolitischen Problem, 1963, S. 79f.

nach der Schließung der Werke an der Westgrenze verloren gingen, lenkte Wirth ein und versprach einen Zuschuß von 200 000 RM zur Sanierung des Bleierzbergbaus.⁸⁷ Dieses Zugeständnis erhöhte natürlich die von den Ländervertretern immer wieder heraufbeschworene Gefahr, daß die Mittel der RWH 1931 noch vor ihrer endgültigen Verteilung durch eine Reihe von Vorbelastungen aufgezehrt sein würden, die inzwischen bereits den Betrag von 4,41 Millionen RM erreicht hätten.⁸⁸

Die Enttäuschung, die im Westen über den dürftigen Voranschlag für die RWH 1931 herrschte, schlug bald in Empörung um. Den Anstoß zu dieser Entwicklung gab die Entscheidung über drei Gesetze zur Durchführung des Ostprogramms, die am 9. März 1931 im Reichsrat anstand. Die Bevollmächtigten, die die Westgebiete zu vertreten hatten, stimmten diesen Gesetzen zu. Der von der Provinz Ostpreußen bestellte Delegierte, Freiherr von Gayl, enthielt sich jedoch der Stimme, um seinen Protest dagegen zu bekunden, daß die Anforderungen seiner Provinz, die sich auf etwa 1,1 Milliarden RM belaufen hatten, nicht völlig erfüllt worden waren. Wütend gab daraufhin der von der Rheinprovinz entsandte preußische Bevollmächtigte Hamacher zu Protokoll, die meisten Grenzbezirke des Westens würden sich glücklich schätzen, wenn sie auch nur einen Bruchteil der Hilfe bekämen, die dem Osten zuteil werde. Auch die preußische Staatsregierung glaubte sich entschuldigen zu müssen. Die Erklärung Ostpreußens habe ihn außerordentlich erstaunt, bekannte ihr Vertreter, Staatssekretär Weismann, denn „alle Teile Deutschlands geben für die sicherlich stark bedrängten Grenzprovinzen ihr Äußerstes her und als Dank dafür beklagt man sich, daß nicht hundertprozentig geholfen werden kann.“⁸⁹ Vor allem die dem Zentrum nahestehende Presse erging sich in bitteren Kommentaren über die Almosenpolitik des Reiches in den ehemals besetzten Gebieten, deren wirtschaftliche Schwierigkeiten in dem so reich beschenkten Osten gar nicht erkannt, geschweige denn gewürdigt werden würden.⁹⁰

Auch Finanzminister Dietrich fühlte sich verpflichtet, die Wogen der Erregung ein wenig zu glätten. Daher verpflichtete er sich vor dem Reichstag, er werde die Mittel für die RWH 1931 auf jeden Fall aufbringen, entweder durch den Verkauf der reichseigenen Liegenschaften oder durch die Aufnahme von Hypothekenkrediten.⁹¹ Diese Erklärung bot den Landesregierungen immerhin die Gewähr, daß die 1930 in Erwartung eines langfristigen Westprogramms begonnenen Bauvorhaben 1931 fortgesetzt werden konnten.⁹²

⁸⁷ BA R 43 I/1449, Bl. 138f.; R 43 I/1450, Bl. 145.

⁸⁸ Vgl. BHStA MA 106074, 1.5., 13.6.31.

⁸⁹ RR 1931, S. 92f.

⁹⁰ Vgl. Plum, S. 59.

⁹¹ RT 445, S. 1908f.

⁹² Vgl. Adelung, S. 306f.; GLA 233, Nr. 26041, 8.5., 27.5., 17.6.31.

Auf diese Versicherung des Finanzministers folgte eine Zeit der Gerüchte über weitere Etatkürzungen und über Kassendefizite.⁹³ Erst Ende Juli sickerte aus dem Innenministerium die Nachricht durch, daß voraussichtlich 13,5 Millionen RM für die RWH 1931 flüssig gemacht werden könnten.⁹⁴ Am 15. August teilte Innenminister Wirth den Landesregierungen offiziell mit, daß die RWH 1931 mit 5 Millionen im ordentlichen und mit 8,5 Millionen im außerordentlichen Haushalt ausgestattet sei. Daß der Ansatz im Extraordinarium um 1,5 Millionen geringer ausgefallen war als ursprünglich geplant, erklärte er geheimnisvoll mit der Deckung eines Vorgriffs für „gewisse Grenzhilfsmaßnahmen“ des Etatjahres 1930. Diese Floskel dürfte jedoch in Wahrheit nur die erheblichen Schwierigkeiten verschleiern, die beim Verkauf der Immobilien des Reiches aufgetreten waren. Tatsächlich stellte sich später heraus, daß bis zum 2. Juli 1932 ganze 4 Millionen aus Veräußerungen Erlöst worden waren.⁹⁵ Den Betrag von 13,5 Millionen kürzte Wirth sodann um eine Kassenreserve von 200 000 RM, weitere 1,5 Millionen teilte er unter die Länder zur Förderung kultureller Zwecke auf.⁹⁶ An die verbleibenden 11,8 Millionen legte er den Aufteilungsschlüssel des Vorjahres an, lediglich Oldenburg erhielt wegen seiner besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten eine etwas höhere Quote. Danach entfielen auf Preußen 5,310, Bayern 2,832, Hessen 1,770, Baden 1,416 und Oldenburg 0,472 Millionen RM. Wirth setzte voraus, daß die Gestaltung der Verwendungspläne in den einzelnen Ländern nach den Richtlinien und nach der sachlichen Aufgliederung der RWH 1930 erfolgen würde. Mit Rücksicht auf die erhebliche Kürzung der Mittel verzichtete er jedoch darauf, die Landesbehörden „ziffernmäßig“ an einen bestimmten Ausgabenplan zu binden. Er betonte jedoch abermals, die Zuschüsse des Reiches sollten für solche Vorhaben eingesetzt werden, die eine sofortige und nachträgliche Erhöhung der Zahl der Arbeitsplätze im ehemals besetzten Gebiet versprachen. Der bayrischen und der preußischen Regierung empfahl er, bei der Ausgabe der Mittel ihre an das Saargebiet grenzenden Landesteile zu bevorzugen.⁹⁷

⁹³ GLA 233, Nr. 26041, 6. 5., 8. 5. 31.

⁹⁴ Ebd., 31. 7. 31.

⁹⁵ Ebd., 2. 7. 32.

⁹⁶ Nach Abzug einer Kassenreserve erhielten an kultureller Westhilfe 1931 Preußen = 896 000, Bayern = 280 000, Hessen = 182 000, Oldenburg u. Baden je = 21 000 RM. BHStA MA 106 074, 17. 8. 31.

⁹⁷ GLA 233, Nr. 26041, 15. 8. 31; GStA Rep. 90, Nr. 1128, 15. 8.; BHStA MA 106 074, 15. 8. 31.

3. Der Einfluß der Saarfrage und der Agrarkrise auf die Gestaltung der Westhilfe

Die bevorzugte Förderung des Grenzgürtels an der Saar beherrschte die Westhilfe des folgenden Jahres. Nicht allein fiskalische Erwägungen zwangen 1932 dazu, die immer knapper werdenden Mittel auf regionale Schwerpunkte zu konzentrieren. Auch die Saarabstimmung warf inzwischen ihre Schatten voraus. Der Friedensvertrag hatte das Saargebiet für die Dauer von 15 Jahren dem Völkerbund unterstellt. Im Jahre 1935 sollte dann die Bevölkerung an der Saar in einer Abstimmung entscheiden, ob sie eine Angliederung an Frankreich oder eine Rückkehr in das Deutsche Reich wünsche oder ob sie eine Beibehaltung der Verwaltung durch den Völkerbund bevorzuge. Die Reichsregierung war sich mit den Landesregierungen in Berlin, München und Oldenburg, also den deutschen Nachbarn des Saargebietes, darüber einig, daß die Aussichten Deutschlands auf eine Rückgewinnung der Saar steigen würden, wenn es gelänge, den deutschen Grenzstreifen, den die meisten Saarländer von Besuchen her kannten, mit Hilfe staatlicher Interventionen zu einem gewissen wirtschaftlichen Wohlstand zu verhelfen.⁹⁸

Zur ersten Besprechung über die Gestaltung der RWH 1932 lud Dammann deshalb nur die Vertreter Bayerns, Preußens und Oldenburgs in das Reichsinnenministerium ein⁹⁹, das mittlerweile vom Reichswehrminister Groener verwaltet wurde. Groener hatte für das Etatjahr 1932 eine Westhilfe von 15 Millionen RM angefordert, Finanzminister Dietrich hatte jedoch nur 5 Millionen angeboten, womit kaum mehr als die bereits erfolgten oder verbindlich zugesagten Vorleistungen in Höhe von 4,2 Millionen abzudecken gewesen wären.¹⁰⁰ Der Kanzler vermittelte zwischen den beiden Ministern und schlug eine Westhilfe von insgesamt 8 Millionen RM vor.¹⁰¹

Im Mai 1932, als Dammann die Verhandlungen mit den Ländervertretern eröffnete, lagen trotzdem nur 6 Millionen für die Westhilfe bereit. Allerdings kamen weitere 2,9 Millionen hinzu, die aus dem Hilfsfonds für die Saargänger stammten. Dieser Betrag hatte im Etatjahr 1931 erspart werden können, weil viele der in den deutschen Grenzbezirken wohnhaften Arbeiter an der Saar „ausgestellt“ worden waren, wobei mit dem Verlust des Arbeitsplatzes auch der Anspruch auf einen Ersatz der Fahrt- und Übernachtungskosten erloschen war.¹⁰² Die Verhandlungspartner einigten sich schnell, diese Summe in Zuschüsse zum Bau und zur Instandsetzung von Wohnungen in

⁹⁸ BHStA MK 15528, 28. 5. 32; ferner GLA 233, Nr. 26042, 30. 1. 33; Jacoby, S. 49.

⁹⁹ Ebd.

¹⁰⁰ BHStA ML 3318, 3. 2. 32.

¹⁰¹ Ebd. MK 15528, 16. 4. 32; von Saldern, S. 184.

¹⁰² Ebd. 28. 5. 32.

der Grenzzone zu verwandeln, um damit rasch Arbeitsgelegenheiten für „abgelegte“ Saargänger zu schaffen. Zu diesem Zweck sollten Preußen 1,508, Bayern 1,189 und Oldenburg 0,203 Millionen RM erhalten. Von den verbleibenden 6 Millionen sollte vorweg eine Million für kulturelle Maßnahmen im Saargebiet selbst und in den Grenzbezirken abgezweigt werden.¹⁰³ Weitere zwei Millionen sollten nach einem Vorschlag Preußens dazu verwendet werden, die Lasten der im Grenzgürtel liegenden Gemeindeverwaltungen zu mindern. In einer Zone, die einen dreißig Kilometer breiten Streifen umfaßte, der parallel zur Zollgrenze mit dem Saargebiet verlief, sollten die Gemeinde-, Bezirks- und Kreisumlagen durch Zuschüsse des Reiches ermäßigt werden. Bayern lehnte den Plan einer kommunalen Lastensenkung entschieden ab, da es Enttäuschung und Erbitterung in denjenigen Gemeinden fürchtete, die knapp außerhalb der Grenzzone lägen. Preußen, das vorgab, mit dieser Maßnahme in seinen Ostprovinzen gute Erfolge erzielt zu haben, setzte sich jedoch mit seinem Vorschlag durch.¹⁰⁴ Daneben erhielt Preußen 1,624 Millionen, die es zur Subvention des Mechnicher Bleierzbergbaus, zur Unterstützung der rheinischen Genossenschaften und für besondere Hilfsaktionen im Notstandsgebiet der Westeifel ausgeben durfte. Für Bayern verblieben 300 000 RM zur Linderung der Not in jenen Gebieten der Rheinpfalz, die nicht zur Saargrenzzone zählten, namentlich im Grenzbezirk zu Frankreich, wo nun immer mehr „Elsaßgänger“ arbeitslos wurden, und in der wirtschaftlich schwer bedrängten Stadt Gernersheim.¹⁰⁵ Schließlich erhielten die Landesregierungen in Karlsruhe und Darmstadt Mittel zur Fortführung bereits begonnener Arbeitsvorhaben, und zwar entfielen 676 000 RM auf Baden als weitere Rate für die Regulierung der Kinzig und 400 000 RM auf Hessen als Zuschuß zum Bau einer Rheinbrücke in Mainz.¹⁰⁶ Zur gleichen Zeit forderte die Zentrumsfraktion im preußischen Landtag ihre Staatsregierung auf, Druck auf die Reichsbehörden auszuüben, damit zugunsten der Landwirtschaft und des Weinbaus im Westen, deren Lage sich in den letzten Monaten „katastrophal“ verschärft habe, „eine besondere Westhilfe in Verbindung und in sinngemäßer Ausgestaltung der Osthilfe geschaffen wird.“¹⁰⁷ Die Verschärfung der Agrarkrise, auf die der Zentrumsantrag anspielte, beruhte vor allem auf dem Schwund kaufkräftiger Nachfrage infolge der Massenarbeitslosigkeit. Das Bestreben vieler Haushalte,

¹⁰³ Ebd. 21. 5., 28. 5. 32; GLA 233, Nr. 26042, 21. 2. 33.

¹⁰⁴ Ebd. 9. 6., 16. 7. 32.

¹⁰⁵ Zur Notlage Gernersheims vgl. BHStA MA 106078.

¹⁰⁶ BHStA MK 15528, 28. 5. 32; GLA 233, Nr. 26042, 21. 2. 33.

¹⁰⁷ PLT IV Drs. Bd. 1, S. 66; ferner Fiederlein, S. 239; H. Barmeyer, Andreas Hermes und die Organisationen der deutschen Landwirtschaft. Christliche Bauernvereine, Reichslandbund, Grüne Front, Reichsnährstand 1928–1933, 1971, S. 112.

den Verbrauch an Nahrungs- und Genußmitteln infolge ihres gesunkenen Einkommens einzuschränken, traf natürlich weniger den in den Ostprovinzen vorherrschenden Getreideanbau, sondern in erster Linie die Erzeuger von Fleisch, Obst, Gemüse und Wein und daneben die Veredelungswirtschaft.¹⁰⁸ Der Landtag erkannte die Forderung des Zentrums als berechtigt an, vermied es aber, ein Junktim zwischen Osthilfe und Westprogramm herzustellen, und verlangte daher von der Reichsregierung lediglich die Schaffung einer „besonderen Westhilfe“ zugunsten der Landwirtschaft in den Westgebieten.¹⁰⁹ Dieser am 13. Juni als Antrag formulierte Wunsch verhallte jedoch ungehört, denn bereits am 20. Juli setzte der neue Reichskanzler von Papen durch einen Staatsstreich das Kabinett Braun ab und übernahm als „Reichskommissar für Preußen“ die Verfügungsgewalt über das bei weitem größte Land des Reiches.¹¹⁰

Die Übernahme des Kanzleramtes durch Franz von Papen am 1. Juni 1932 gefährdete indessen auch die Durchführung der „allgemeinen Westhilfe“. Papen nämlich besetzte das Innen- und das Ernährungsministerium mit zwei Deutschnationalen, den Freiherren von Gayl und von Braun, die beide bereits leidenschaftlich für den Vorrang des Ostens in der Grenzlandpolitik Partei ergriffen hatten.¹¹¹ So scheiterte im Reichsrat am Widerstand des neuen Reichsinnenministers der Versuch der Länder Baden, Bayern, Hessen und Oldenburg sowie des Bevollmächtigten der Rheinprovinz, die Ausstattung des Westfonds von 6 auf 8,5 Millionen anzuheben. Zwar nahm das Gremium gegen den erklärten Willen v. Gayls einen Vermittlungsvorschlag der preußischen Staatsregierung an, der eine Verteilung der Gewinne der Reichsbank vorsah, bei der von insgesamt 20 Millionen RM der Osthilfe 17 Millionen, dem Westfonds 2 Millionen und der Subvention des Metallergbergbaus eine Million RM zufließen sollten.¹¹² Doch fiel auch dieser Beschluß Papens Staatsstreich zum Opfer. Auf die von Sperr mitgeteilte Forderung des bayerischen Landtags, die Reichsregierung solle endlich die Westhilfe nach dem Vorbild der Osthilfe in den Rahmen eines Gesetzes kleiden, erwiderte v. Gayl gelassen, ein Westhilfegesetz, das selbstverständlich auch er bevorzuge, sei aus technischen Gründen für das Etatjahr 1932 nicht mehr zu verabschieden.¹¹³ Amtlich eingeleitet wurde die RWH 1932 Anfang Juli

¹⁰⁸ Vgl. H. Marcon, Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierungen Papen und Schleicher. Grundsteinlegung für die Beschäftigungspolitik im Dritten Reich, 1974, S. 138.

¹⁰⁹ PLT IV Drs. Bd. 1, Nr. 191, 218; ferner Dr. Günther, Osthilfe, Westhilfe und Vollstreckungsschutz, in: Der Deutsche Oekonomist 50, 1932, S. 779; ders., Die neue „Westhilfe“, in: ebd. S. 1355.

¹¹⁰ Vgl. W. Hubatsch, Preußen, in: Territorien-Ploetz Bd. 2, S. 88.

¹¹¹ Siehe von Braun, S. 210f.; Schulz, S. 179; RR 1931, S. 92f.

¹¹² GLA 233, Nr. 26041, 2.7.32; BHStA MK 106078, 25.6.32.

¹¹³ Ebd.; BLT V Bd. 6, S. 653f. Ähnlich unverbindlich stellt v. Gayl anläßlich einer Reise

mit einer Bereisung des Grenzgebiets durch Ministerialdirektor Dammann, der sich einen Überblick über das mit Hilfe der Westfonds bisher Geleistete verschaffen wollte. Schon bald danach erfolgten die ersten Auszahlungen, doch wurden der Umfang und die Durchführung der RWH 1932 erst im März des Jahres 1933 festgelegt.¹¹⁴

4. Die Reichswesthilfe als Mittel der Arbeitsbeschaffung zwischen 1930 und 1932

Den Weg, den die Durchführung der RWH zwischen 1930 und 1932 nahm, säumten mannigfache Klagen über die Verzögerungen bei der Auszahlung der bewilligten Beträge. Mehrfach mahnten Abgeordnete im Reichstag und in den Länderparlamenten eine zügige und regelmäßige Abwicklung der Hilfsaktion bei der Reichsregierung an.¹¹⁵ Eine bewußte Verschleppung der Westhilfe, wie sie die Öffentlichkeit bisweilen befürchtete¹¹⁶, lag jedoch weder beim Reich noch bei den Ländern vor. Auf der Seite des Reiches rief die krisenbedingte chronische Kassennot Mißstände hervor, die sich keineswegs allein auf die Westhilfe beschränkten. Im April 1931 mußte der Reichsfinanzminister alle Zahlungen sperren, die nicht auf rechtlichen Verpflichtungen beruhten. Er tröstete die Empfänger auf die Zeit nach Ultimo, doch erlaubte es ihm die Kassenlage auch im Mai noch nicht, allen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.¹¹⁷ Ab Februar 1932 stockte die Auszahlung der Reichswesthilfe erneut, lediglich der vertraglich festgelegte Zuschuß für die Kinzigregulierung in Kehl wurde angewiesen.¹¹⁸ Ein hoher Beamter im Finanzministerium, der spätere Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk, beschrieb die ab dem Frühjahr 1930 immer wieder auftretenden Kassennöte des Reiches eindrucksvoll: „Ich bekam als Budgetdirektor die zermürbenden Ultimonöte am unmittelbarsten zu spüren. Es war grauenhaft, nie zu wissen, ob man Löhne und Gehälter, Renten und Zinsen zu den Fälligkeitsterminen würde zahlen können. Ich hatte ständig die Alternative des Staatsbankrotts oder des demütigenden Bittgangs zur Reichsbank vor

durch den Bayerischen Wald im Oktober 1932 Bayerns Innenminister Stützel Hilfe für dieses Grenzgebiet nach der Art des Osthilfeprogramms in Aussicht. Wiesemann, S. 146f.

¹¹⁴ Siehe hierzu BHStA MWi 8246, Darstellung der gesamten RWH 1928–1932; MA 106078, 30. 11. 32; MK 15528, 15. 8. 32; GLA 233, Nr. 26040, 15. 3. 33; Nr. 26041, 23. 1. 33; Nr. 26042, 21. 12. 32.

¹¹⁵ Vgl. RT 446, S. 2448; RT 452, Nr. 1372; BLT IV Beil. Bd. 9, S. 124, 136.

¹¹⁶ Vgl. den Artikel „Wo bleibt die Reichswesthilfe 1931?“ in: Pfälz. Rundschau Nr. 116 v. 28. 4. 32, BHStA MK 15528.

¹¹⁷ BHStA MK 15527, 24. 4. 31; MA 106075, 12. 2. 32; GLA 233, Nr. 26041, 20. 2. 32.

¹¹⁸ GLA 233, Nr. 26040, 7. 5. 31; BHStA MK 15528, 2. 3. 32.

Augen.“¹¹⁹ Trotzdem bemühte sich das Reichsministerium des Innern, einen möglichst hohen ökonomischen Wirkungsgrad der zur Auszahlung gelangenden Beträge zu erreichen. Anfang 1931 wies Wirth die Länder an, „wegen der schwierigen Kassenlage“ des Reiches nur noch solche Beträge aus dem Westfonds abzurufen, die für laufende Arbeitsvorhaben sofort benötigt würden. Eine Hortung von Geldern beim „Letztempfänger“ sei auf jeden Fall zu vermeiden.¹²⁰ Im August schärfte er den Landesregierungen erneut ein, der Reichsfinanzminister werde „bei der schwierigen Finanzlage des Reiches“ Beträge aus dem Westfonds nur dann zur Zahlung anweisen, wenn feststehe, „daß sie bei Anlegung des strengsten Maßstabes unbedingt und dringend benötigt werden und daß sie ferner während eines Zeitraumes von höchstens vier Wochen von der Anforderung an normalerweise restlos verbraucht werden.“¹²¹

Allerdings trug auch das Verhalten der Landesregierungen dazu bei, die Abwicklung der Reichswesthilfe zu verzögern. Insbesondere Bayern war darauf bedacht, seine Zuständigkeit bei der Durchführung des Westprogramms auszuweiten und gleichzeitig diejenige des Reiches einzudämmen.¹²² Seine Regierung unterstellte dem Reichsinnenminister nämlich die Absicht, mit Hilfe des Westfonds in der Rheinpfalz „unitaristische“ Ziele zu verfolgen.¹²³ Als das Innenministerium am 30. Oktober 1930 verfügte, in Anlehnung an das bei der Osthilfe übliche Verfahren seien auch im Westen die Regionalsubventionen durch die dem Reich unterstehenden Finanzämter auszuzahlen, erntete es scharfe Proteste der bayerischen Landesregierung, die in diesem Vorgehen erneut eine Mißachtung der Rechte der Länder erblickte.¹²⁴ Der Streit über die Zahlungsweise, den München und Berlin miteinander ausfochten, währte schließlich bis zum 4. März 1933. Erst dann erklärte sich auch das Reichsfinanzministerium damit einverstanden, die aus der Pfalz abberufenen Teilbeträge über das Landesfinanzamt Würzburg an die bayerische Staatshauptkasse weiterzuleiten.¹²⁵ Baden und Bayern hegten ferner Mißtrauen gegen die Gewohnheit der Reichsregierung, bei der Sanierung der Kreditgenossenschaften im Westen stets die preußische Zentralgenossenschaftskasse einzuschalten¹²⁶, da die „Preußenkasse“ als agrarpoliti-

¹¹⁹ L. Graf Schwerin von Krosigk, Staatsbankrott. Die Geschichte der Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1920 bis 1945, 1974, S. 56.

¹²⁰ GLA 233, Nr. 26040, 5. 1. 31.

¹²¹ Ebd. 29. 8. 31.

¹²² BHStA MA 106074, 1. 7., 3. 12. 31; ferner E. Schnitzer, Das Ringen der Regierung Held um die Stellung Bayerns im Reich, 1968, S. 139.

¹²³ Ebd. 7. 12. 31.

¹²⁴ Ebd. MA 107782, 20. 10. 30.

¹²⁵ Ebd. 6. 2., 13. 11. 31; MA 106075, 15. 2., 22. 2. 32; 4. 3. 33.

¹²⁶ GLA 233, Nr. 26040, 5. 1. 31; BHStA MA 106074, 1. 5. 31.

sches Instrument der preußischen Regierung galt.¹²⁷ Auseinandersetzungen, die Baden und Hessen mit der Preußenkasse führten, beruhten hingegen auf einem Mißverständnis. Beide Länder hatten Zuschüsse für die Förderung von Wareneinkaufsgenossenschaften beantragt. Die Reichsregierung verweigerte diesen Einrichtungen jedoch ihre Hilfe, da sie den Widerstand des Einzel- und Großhandels gegen eine solche den Wettbewerb verzerrende Maßnahme fürchtete.¹²⁸ Doch abgesehen von diesem Einzelfall überließ das Reich den Ländern bei der Verwendung ihrer Anteile aus dem Westfonds mit dem Fortschreiten der Wirtschaftskrise einen immer größer werdenden Spielraum. Es billigte ihnen auch Abweichungen von ihren ursprünglich eingereichten Verwendungsplänen zu, vor allem dann, wenn der rasche Einsatz der Gelder zur Durchführung solcher Projekte gesichert war, die „Arbeitsgelegenheiten“ schaffen konnten.¹²⁹

Überhaupt rückten beschäftigungspolitische Erwägungen ab 1930 bei der Beurteilung von Hilfesuchen immer mehr in den Vordergrund, wenngleich das Reichsministerium des Innern formal an der Voraussetzung des Vorliegens von „Grenzerreißungsschäden“ festhielt.¹³⁰ Deswegen strichen die Ministerialbeamten 1932 die von Baden beantragten Dekorationskurse für den Einzelhandel in der Grenzzone, die Zuwendungen an den Mannheimer Flugsportverein zur Ausbildung von Verkehrsfliegern – ein im Hinblick auf die Nachfrage hoffnungslos überbesetzter Berufszweig¹³¹ – und den Zuschuß für einen Werbefeldzug zugunsten der Todtnauer Bürstenwaren. Andererseits ermunterten sie die Regierung in Karlsruhe zur Durchführung von Erdarbeiten, bei denen Erwerbslose zum Teil sogar während des Winterhalbjahres eingesetzt werden konnten.¹³² Eine ähnliche Bedeutung bei der Entlastung der Erwerbslosenfürsorge maß die Reichsregierung dem Bau von Eisenbahnverbindungen zu. So überzeugte sie die bayerische Regierung, daß der Bau der Bahnlinie zwischen Eisenberg und Enkenbach nicht allein die Frachtkosten für die Tongruben und die Chamotteindustrie im Raum Grünstadt senken würde, sondern obendrein zahlreichen Arbeitslosen für einige Zeit Beschäftigung böte.¹³³ Die Politik der Arbeitsbeschaffung im Rahmen der Westhilfe hatte noch einen weiteren Vorteil. Da die einzelnen Maßnahmen im Reichsinnenministerium koordiniert wurden, bestand für die betei-

¹²⁷ Vgl. E. Topf, *Die Grüne Front. Der Kampf um den deutschen Acker*, 1933, S. 49; H. Faust, *Geschichte der Genossenschaftsbewegung*, 1965, S. 420.

¹²⁸ GLA 233, Nr. 26040, 16. 4., 7. 5. 31.

¹²⁹ Ebd. 22. 12. 30, 22. 8., 28. 9. 31; Nr. 26040, 16. 2. 33; BHStA MWi 8231, 6. 10. 30; MA 106073, 19. 12. 31, 15. 6. 32; HLT IV, Drs. Nr. 775, 846, 787, S. 3062.

¹³⁰ Vgl. GLA 233, Nr. 26041, 15. 10. 31.

¹³¹ Vgl. Neumark, *Verkehrssubventionen*, in: *Wirtschaftskurve 1930*, S. 283.

¹³² GLA 233, Nr. 26040, 22. 8., 28. 9. 31; Nr. 26041, 9. 12. 31, 21. 1., 14. 3., 2. 8. 32.

¹³³ BA R 43 I/1803, Bl. 319; BHStA MK 15526, 16. 9. 30.

ligten Länder weder ein Anlaß noch eine Gelegenheit, sich mit Hilfe von Industriesubventionen gegenseitig Arbeitsplätze abzujagen, wie dies z. B. die sächsische Regierung 1932 mit der von ihr geförderten Gründung der Auto-Union AG vor allem gegenüber der Kraftfahrzeugindustrie Württembergs beabsichtigte.¹³⁴ Die Proteste des Zentralverbandes der Schuhmacher und des Reichsverbandes der Deutschen Schuhindustrie bei der Regierung sowie eine Anfrage des preußischen Handelsministers bei der bayerischen Wirtschaftsstelle in Berlin reichten bereits aus, um zu verhindern, daß im Herbst 1932 ein Zulieferer der Schuhindustrie seinen Betrieb mit etwa 600 Arbeitsplätzen, angelockt durch Subventionen aus dem Westfonds, aus der preußischen Provinz Brandenburg in die Südpfalz verlegte, womit er allenfalls eine Verlagerung der Arbeitslosigkeit von Bayern nach Preußen bewirkt hätte.¹³⁵

Versucht man, die beschäftigungspolitische Wirksamkeit der Westhilfe in den Jahren der Weltwirtschaftskrise zu würdigen, so muß man beachten, daß die Reichsregierung den Westfonds nach wie vor ausdrücklich als „Zusatzmittel“ kennzeichnete.¹³⁶ Zwar erlaubt es die Quellenlage nicht, bei den einzelnen Projekten des Westprogramms die genaue Höhe der jeweils von den Landesregierungen und von dritter Seite aufgebrachten finanziellen Mittel festzustellen. Doch sollen die folgenden Beispiele wenigstens eine Vorstellung von der Technik der Finanzierung einzelner Arbeitsvorhaben im Zeichen der Westhilfe geben. So wurden die Kosten des neuen Zollbahnhofs in Kehl, die auf 5,88 Millionen RM geschätzt worden waren, nach einem im November 1929 geschlossenen Vertrag von den folgenden Bauträgern aufgebracht: Reich 2,9, Land Baden 1,8, Fonds für Erwerbslosenfürsorge 0,7, Deutsche Reichsbahn 0,48 Millionen RM.¹³⁷ 1931 erklärte Reichsfinanzminister Dietrich seine Bereitschaft, zur Stärkung des gewerblichen Mittelstandes den Kreditgenossenschaften im Westen einen Beitrag von insgesamt 2,5 Millionen RM aus der Reichswesthilfe zukommen zu lassen, falls sich die Preußenkasse in gleicher Höhe an der Sanierung beteiligen werde.¹³⁸ Die preußische Staatsregierung erhöhte 1930 den vom Reich erhaltenen Anteil an der Westhilfe von 9,14 Millionen aus eigenen Mitteln um 5 Millionen, die während der schwersten Krisenjahre 1931 und 1932 in einem räumlich genau abgezielten Gebiet, dessen Schwerpunkte sich auf die Grenzbezirke an der Saar und auf die Höhengebiete von Eifel, Hunsrück und Westerwald,

¹³⁴ Vgl. Blaich, Wirtschaftlicher Partikularismus deutscher Länder während der Weltwirtschaftskrise 1932: Das Beispiel der Auto-Union AG, in: VfZ 24 (1976).

¹³⁵ BHStA MWi 8232, 23. 9., 27. 9., 29. 10., 2. 11., 8. 11. 32.

¹³⁶ Vgl. GLA 233, Nr. 26040, 9. 10. 30.

¹³⁷ Ebd. Nr. 26041, 23. 11. 32.

¹³⁸ Ebd. Nr. 26040, 27. 5. 31.

also auf traditionelle bäuerliche Notstandsgebiete, erstreckten, ausgegeben wurden.¹³⁹

Vor allem die Landesregierungen in Berlin und in München waren stets bereit, die Durchführung von Flurbereinigungen und Bodenverbesserungen mit Beihilfen, Zuschüssen und Zwischenkrediten zu unterstützen.¹⁴⁰ War jedoch erst einmal von staatlicher Seite aus ein Anstoß zur Finanzierung solcher Maßnahmen erfolgt, so ließen sich meist auch noch Finanzquellen der Gemeinden und der Selbstverwaltungskörperschaften anzapfen. Hinzu traten Beteiligungen der an der Kultivierung interessierten Landwirte, die sich aber gerade im westlichen Grenzgebiet in engem Rahmen hielten „infolge der geringen Leistungsfähigkeit und der bekannten Scheu der kleinbäuerlichen Bevölkerung vor allen größeren Unternehmungen und der damit verbundenen Kosten.“¹⁴¹

Dennoch war es z. B. in der Rheinpfalz dank des Westprogramms möglich, mit einem durch Reichsbeihilfen geschaffenen finanziellen Sockel von nur 866 000 RM zwischen 1930 und 1932 Meliorationen und Flurbereinigungen in Angriff zu nehmen, deren Gesamtkosten sich auf 8,7 Millionen RM beliefen.¹⁴² Insbesondere die Arbeiten zur Kulturverbesserung entsprachen in hohem Maße den Anforderungen, welche die Reichsregierung an „öffentliche Notstandsarbeiten“ stellte, denn ihre Durchführung erlaubte die zeitweise Beschäftigung auch ungelernter Arbeitskräfte, und ihr Ertrag bedeutete eine Vergrößerung der landwirtschaftlichen Nutzfläche.¹⁴³

Bei der „nichtlandwirtschaftlichen“ Westhilfe, die in Bayern so unterschiedliche Maßnahmen umfaßte wie den Straßenbau, die Entschuldung der Stadt Garmersheim, die Ansiedlung von Industrie auf den verlassenen Truppenübungsplätzen und die Errichtung einer Schuhmacherfachschule in Pirmasens, genehmigte das Reich im Jahr 1930 Anträge mit einem Kostenvoranschlag von insgesamt etwa 4,7 Millionen RM, zu deren Verwirklichung es 1,38 Millionen beisteuerte.¹⁴⁴ Wenn die gesamte wirksame Nachfrage in diesem Bereich der Westhilfe nicht den Umfang des landwirtschaftlichen Sektors erreichte, so lag dies vornehmlich daran, daß die bayerische Regierung

¹³⁹ GStA Rep. 90, Nr. 1127, 23. 8. 30; ferner ebd. Nr. 1128, 24. 8. 31. Zur Notlage der Bauernwirtschaften in den westdeutschen Höhengebieten vgl. M. Sering u. a., Die deutsche Landwirtschaft unter volks- und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten, 1932, S. 308f.

¹⁴⁰ Vgl. Sering, S. 744f.

¹⁴¹ R. Tiefenbacher, Die volkswirtschaftliche Bedeutung der produktiven Erwerbslosenfürsorge unter Zugrundelegung der badischen Verhältnisse, 1931, S. 78.

¹⁴² Berechnet nach den Zahlenangaben in BHStA MWi 8246, 4. 8. 33. Über den Stand der Flurbereinigung in Bayern vgl. Sering, S. 765.

¹⁴³ Tiefenbacher, S. 65.

¹⁴⁴ BHStA MWi 8246, 4. 8. 33 und Darstellung der gesamten RWH 1928–1932.

nur „mit halbem Herzen“ den Weg der öffentlichen Arbeitsbeschaffung beschritt. Eine Aufnahme von Krediten zur Finanzierung von Maßnahmen der Krisenbekämpfung schloß sie von vornherein aus. Als im Spätherbst 1932 die Fraktionen der SPD und der NSDAP unabhängig voneinander im Landtag die Aufstellung eines Regierungsprogramms zur Arbeitsbeschaffung verlangten, mußte der Sprecher der Landesregierung eingestehen, daß die im außerordentlichen Haushalt für die produktive Erwerbslosenfürsorge eingesetzten 5 Millionen RM zur einen Hälfte bereits zweckgebunden seien, zur anderen indessen nicht mehr durch Einnahmen gedeckt werden könnten.¹⁴⁵ Mithin hatte Bayern im Rechnungsjahr 1932 ganze 2,5 Millionen für eine gezielte Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufgebracht, während ihm allein aus der RWH 1931 immerhin 2,832 Millionen zugeflossen waren. Dieser Unterschied zwischen den eigenen Mitteln und der Beihilfe des Reiches unterstreicht das große Interesse der bayerischen Staatsregierung an der Institution der Westhilfe und erklärt den Kampf, den ihre Vertreter um ihre Anteile an dieser Regionalsubvention in Berlin führten. Daher nimmt es nicht wunder, daß Anfang Dezember 1932 der Oberbayerische Christliche Bauernverein in einer Eingabe an die Reichs- und Landesregierung die Einrichtung einer „Südhilfe“ für die Oberländer Bauern forderte, deren Lage durch das Schrumpfen ihrer Erlöse für Holz, Vieh und Viehprodukte trostlos geworden sei. Daß der Gedanke einer Südhilfe in Bayern ernsthaft verfolgt wurde, bezeugt der Versuch des Vorsitzenden der BVP, Fritz Schäffer, durch die Vermittlung des ehemaligen bayerischen Justizministers Gürtner, der jetzt das Reichsjustizministerium leitete, die Reichsregierung zur Aufstellung eines regionalen Förderungsprogramms für Oberbayern zu bewegen. Reichsernährungsminister v. Braun verwarf indessen den Plan einer Südhilfe.¹⁴⁶

Da aus den Argumenten, welche die anderen Länder bei der Aufteilung des Westfonds vorbrachten, hervorgeht, daß die Westhilfe für die Landespolitik in Berlin, Darmstadt, Karlsruhe und Oldenburg einen ähnlich hohen Stellenwert besaß wie in München, darf man wohl auch die wirtschaftlichen Wirkungen, welche diese Regionalsubvention in der bayerischen Rheinpfalz zeitigte, auf das gesamte Westgebiet ausdehnen. Auf einen Nenner gebracht gebührt mithin der Westhilfe das Verdienst, durch die Bereitstellung verlorener Zuschüsse oder zinsloser Darlehen aus der Reichskasse öffentliches und privates Geldkapital für Arbeitsplätze schaffende Investitionen nutzbar gemacht zu haben, das andernfalls auf einem Bankkonto oder gar im „Sparstrumpf“ verblieben wäre. Auch die Mittel, die für die kulturelle Westhilfe ausgeworfen wurden, entbehrten nicht gewisser beschäftigungspolitischer

¹⁴⁵ Wiesemann, S. 143, 158.

¹⁴⁶ Ebd., S. 159.

Effekte. Die Unterstützung des Pfalzorchesters in Ludwigshafen¹⁴⁷ bedeutete z. B. auch die Sicherung der Beschäftigung einer Gruppe von Musikern. Diese Nebenwirkung kann in einer Zeit, in der schon der Erhaltung einiger Dutzend Arbeitsplätze große wirtschaftspolitische Bedeutung zukam,¹⁴⁸ gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Wirtschaftspolitischen Institutionen von der Art der Reichswesthilfe war es daher im Verein mit den vielfältigen, von den Kommunen getragenen Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung zu verdanken, wenn es in Deutschland auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise trotz des Deflationszirkels, den die Regierung Brüning mit ihrer Preis-, Lohn- und Finanzpolitik beschrieb,¹⁴⁹ „nur“ etwas mehr als 6 Millionen gemeldete Arbeitslose gab. So erschreckend hoch diese Zahl auch heute noch erscheinen mag, so gab es dennoch keinen zwingenden Grund dafür, daß in der deutschen Volkswirtschaft damals das „Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung“ ausgerechnet an der 6-Millionen-Marke einrasten mußte. Ohne die sofort einsetzende Intervention, vor allem auch der Gemeinden, in Form einer provisorischen Arbeitsbeschaffung, hätte einer Freisetzung von 7,8 oder gar 9 Millionen Erwerbstätigen sicher nichts im Wege gestanden.¹⁵⁰

Da die Schöpfer der Westhilfe bei der Vergabe von Geldern die Gewährung von Industriesubventionen nur in begründeten Ausnahmefällen zuließen¹⁵¹, blieben ihnen die bitteren Erfahrungen erspart, die das Reich und Preußen im Rahmen der Osthilfe mit der Sanierung bankrotter Unternehmungen machten, wo der Staat buchstäblich gutes Geld dem schlechten hinterherwarf, ohne auch nur die Zahl der vorhandenen Arbeitsplätze retten zu können.¹⁵² Die Westhilfe dagegen bot nicht allein die Möglichkeit, Arbeitslose zu beschäftigen und Arbeitsplätze zu erhalten, sie schuf auch, etwa in Gestalt

¹⁴⁷ BHStA MWi 8246, 4. 8. 33 und Darstellung der gesamten RWH 1928–1932.

¹⁴⁸ Vgl. BHStA MWi 8232, 29. 10. 32.

¹⁴⁹ Siehe hierzu H. Sanmann, Daten und Alternativen der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Ära Brüning, in: Hamburger Jb. f. Wirtschafts- u. Gesellschaftspol. 10 (1965).

¹⁵⁰ Das Gebiet der kommunalen Arbeitsbeschaffung in den Krisenjahren ist noch wenig erforscht. Vgl. z. B. Blaich, Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Wirtschaftspolitik während der Weltwirtschaftskrise 1929–1932. Dargestellt am Beispiel der Stadt Ludwigshafen am Rhein, in: Archiv für Kommunalwissenschaften 9 (1970).

¹⁵¹ Zur neuerlichen Einschärfung dieses Grundsatzes siehe BHStA MA 106 075, 21. 1. 32. Vor allem in der Südpfalz blieb die Industrieansiedlung jedoch der einzige Weg, um „abgelegte“ Elsaßgänger beschäftigen zu können. Die Erfahrungen, die hier mit der Westhilfe gemacht wurden, waren unterschiedlich. Eine neu errichtete Schuhfabrik mußte schon 1935 wieder stillgelegt werden, eine Kartonage- und eine Etuifabrik hielten sich jedoch bis zum Übergang in die Kriegswirtschaft 1939. Umfangreiche Unterlagen hierüber finden sich in BHStA MWi 8231, 8232.

¹⁵² Vgl. Blaich, Garantierter Kapitalismus, S. 56f.

der Bahnbauten, der Kultivierung von Ödland, der Meliorationen und der Anlage von Wasserleitungen eine spürbare und fortwährende Verbesserung der Infrastruktur in den Westgebieten,¹⁵³ einer Region also, deren Produktionskapazität seit der Phase der Industrialisierung innerhalb der deutschen Volkswirtschaft im Vergleich zu anderen Gebieten zurückgeblieben war.¹⁵⁴

Die Mittel der RWH 1932 waren zum großen Teil noch vorhanden, und selbst aus den Westfonds der Jahre 1930 und 1931 waren noch nicht alle Gelder aufgebraucht, die für längerfristige Arbeitsvorhaben bewilligt worden waren,¹⁵⁵ als durch die nationalsozialistische Machtergreifung am 30. Januar 1933 auch für die Grenzlandpolitik des Reiches einschneidende Änderungen bevorstanden.

¹⁵³ Siehe z. B. Heyen, S. 173; Hess, S. 112; ferner R. Treviranus, S. 77.

¹⁵⁴ K. Borchardt, Wirtschaftliches Wachstum und Wechsellagen 1800–1914; in: Hb. der Deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 2, 1976, S. 230f.

¹⁵⁵ Vgl. z. B. für Bayern die Zahlenangaben in BHStA MWi 8246, 4. 8. 33.